

## **Zwei Gesuchte in Pomellen festgenommen: Geldstrafen ermöglichen Weiterreise**

Bundespolizei verhaftet zwei gesuchte Straftäter in Pomellen. Nach Zahlung von Geldstrafen konnten sie ihre Reisen fortsetzen.

*Pomellen / Pasewalk (ots)*

Am Sonntagmorgen, genauer gesagt um 07:30 Uhr, wurde die Bundespolizei in Pomellen auf einen 39-jährigen Mann aufmerksam, der als Mitfahrer in einem polnischen Fahrzeug reiste. Befindet sich jemand auf einer Reise, kann es sein, dass zum Beispiel die Personalien überprüft werden. Bei dieser Routinekontrolle stellte sich heraus, dass der Mann in einer Fahndungsliste der Staatsanwaltschaft Göttingen stand. Der Grund dafür war eine Verurteilung wegen Trunkenheit im Verkehr, gekoppelt mit dem Vorwurf, ohne gültigen Führerschein am Steuer gesessen zu haben.

Die rechtlichen Konsequenzen in solchen Fällen können hart sein. Doch in diesem speziellen Fall gab es eine Möglichkeit: Der Mann musste eine Geldstrafe von 600 Euro zahlen, plus 295,76 Euro Kosten. Diese Summen wurden von Bekannten des Mannes an der Polizeiinspektion in Koblenz entrichtet. Nach Begleichung dieser Beträge durfte er um 08:55 Uhr die Polizeidienststelle wieder verlassen und seine Reise fortsetzen.

### **Entwicklung der Kontrollen**

Ein paar Stunden später, um etwa 10:25 Uhr, führte die

Bundespolizei im RE 5355 von Pasewalk nach Stettin eine weitere Kontrolle durch. Am Haltepunkt Pasewalk Ost wurde ein 38-jähriger vietnamesischer Staatsbürger überprüft. Auch hier zeigte die fahndungsmäßige Überprüfung, dass er gesucht wurde – diesmal von der Staatsanwaltschaft Stralsund. Der Mann war wegen unerlaubten Aufenthalts ohne Pass oder Passersatz im Visier der Behörden.

Im Gegensatz zum vorherigen Fall hatte dieser Mann ebenfalls die Möglichkeit, seine Freiheit zu sichern. Er musste, genau wie der Pole, eine Geldstrafe vom 600 Euro zahlen, dazu kamen 86 Euro Kosten. Diese Beträge wurden durch Bekannte bei der Bundespolizei in Neubrandenburg eingezahlt. Damit entging er einer möglichen 30-tägigen Ersatzfreiheitsstrafe.

## **Hintergrundinformation und Relevanz**

Die erneute Einführung von Grenzkontrollen in dieser Region hat zum Ziel, die Sicherheit zu erhöhen und das Gesetz durchzusetzen. Dazu zählt auch die Fahndung nach gesuchten Personen. Die Kontrollen sind nicht nur wichtig zur Verhaftung von Straftätern, sondern auch zur Prävention von weiteren Vergehen. Indem die Bundespolizei solchen Fällen nachgeht, wird ein deutliches Signal an Kriminelle gesendet, dass es keinen Raum für illegales Verhalten gibt.

In vielen Fällen wie diesen, bei denen Personen nach Zahlung von Geldstrafen entlassen werden, zeigt sich das Spannungsfeld zwischen Recht und Freiheit. Diese Maßnahmen sorgen dafür, dass Menschen zur Verantwortung gezogen werden, gleichzeitig haben sie aber auch die Möglichkeit, ihr Leben weiterzuführen, solange sie die finanziellen Mittel aufbringen können.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Grenzkontrollen weiterentwickeln werden, und ob diese auch in der gesamten Region und darüber hinaus zur Norm werden. Der Schutz der Gemeinschaft steht an oberster Stelle, doch auch die Rechte der Reisenden müssen gewahrt bleiben. Diese Balance ist eine

Herausforderung, die es zu meistern gilt.

## **Ein Blick in die Zukunft**

Diese aktuellen Ereignisse werfen Fragen auf, die über das unmittelbare Geschehen hinausgehen: Wie wird sich der Umgang mit Straßenverkehrsdelikten und unerlaubtem Aufenthalt weiterentwickeln? Werden die Behörden neue Strategien entwickeln, um noch effektiver gegen solche Vergehen vorzugehen? Die Beantwortung dieser Fragen wird entscheidend dafür sein, wie zukünftige Fälle in Deutschland gehandhabt werden, während die Menschen weiterhin ihre Reisen antreten – sei es aus geschäftlichen Gründen oder einfach nur zur Erholung.

## **Relevante rechtliche Rahmenbedingungen**

In Deutschland ist die Durchsetzung von Strafen und Geldbußen im Rahmen des Ordnungswidrigkeitenrechts ein zentraler Bestandteil der Polizeiarbeit. Die Bundespolizei hat die Befugnis, Personen, die mit einem Haftbefehl oder einer Geldstrafe gesucht werden, an den Grenzen oder im öffentlichen Verkehr zu überprüfen. Insbesondere die Wiedereinführung der Grenzkontrollen hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass vermehrt Personen auf Fahndungslisten überprüft werden. Diese Maßnahmen dienen sowohl der Bekämpfung von Kriminalität als auch der Sicherheit der Bürger.

Die Verfahren zur Zahlung von Geldstrafen sind klar geregelt. Wenn eine Person eine Geldstrafe nicht sofort bezahlen kann, wird oft eine Ersetzung in Form einer Freiheitsstrafe in Betracht gezogen. Dieses Vorgehen soll zur schnelleren Klärung von rechtlichen Angelegenheiten und zur Minderung der administrativen Last auf den Justizbehörden beitragen.

## **Aktuelle Statistiken zur Kriminalstatistik in Deutschland**

Die Kriminalstatistik für das Jahr 2022 zeigt, dass die Zahl der registrierten Straftaten in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken ist. Laut dem Bundeskriminalamt (BKA) sind die Verkehrsdelikte jedoch nach wie vor auf einem besorgniserregenden Niveau. Die Dunkelziffer bei Vergehen wie Trunkenheit im Verkehr bleibt hoch, da viele Vorfälle nicht gemeldet werden. Rund 20.000 Verkehrsunfälle mit Personenschaden werden jährlich registriert, wobei ein erheblicher Anteil auf Alkohol oder Drogen zurückzuführen ist.

Die Fallzahlen bei der illegalen Einreise und dem unerlaubten Aufenthalt zeigen ebenfalls eine besorgniserregende Entwicklung. Während die COVID-19-Pandemie die Mobilität zeitweise eingeschränkt hat, ist ein Anstieg der unerlaubten Aufenthalte seit der Lockerung der Grenzkontrollen festzustellen. Die Beamten der Bundespolizei sehen sich daher zunehmend mit Situationen konfrontiert, die nicht nur rechtlicher, sondern auch humanitärer Natur sind.

## **Gesellschaftliche Auswirkungen der Fahndungsmaßnahmen**

Die Maßnahmen der Bundespolizei, insbesondere die Kontrolle und Festnahme von Straftätern an Denkmälern, haben weitreichende gesellschaftliche Auswirkungen. Einerseits werden Sicherheitsbedenken der Bevölkerung angesprochen und die Gesellschaft vor weiterem Unrecht geschützt. Andererseits führt die Praxis oft zu Diskussionen über das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit.

In den letzten Jahren gab es immer wieder Debatten über die Effektivität und die Ethik von Grenzkontrollen. Kritiker argumentieren, dass solche Maßnahmen häufig zu einer Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen führen können. Mit dem Anstieg von nationalistischen Strömungen in Europa wird der Diskurs um Migration und Kriminalität oft von Emotionen und weniger von Daten geprägt.

Die Balance zwischen notwendiger Sicherheit und den Rechten der Individuen bleibt daher ein zentrales Thema, nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen EU-Ländern, die mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**